

Wolfgang Lüder
Bürgermeister von Berlin,
MdB und Senator a.D.

Deidesheimer Straße 16
14197 Berlin
Telefon 030- 89 72 45 53
Telefax 030- 89 72 45 54

25. Mrz. 2009 I-1

Wolfgang Lüder, Deidesheimer Str. 16, 14197 Berlin

Markus Löning MdB
Landesvorsitzender FDP
Dorotheenstr. 56
10117 Berlin

Dr. Martin Lindner MdA
Fraktionsvorsitzender der FDP
Niederkirchnerstr. 5
10111 Berlin-Mitte

Libarale Position zum Schulgesetz

Lieber Herr Löning, lieber Herr Dr. Lindner,

die Grundsatzentscheidung zum Berliner Schulrecht, über die in der Volksabstimmung am 26. April 2009 abgestimmt werden soll, ist in der frei gewählten Berliner Stadtverordnetenversammlung bereits am 13. November 1947 getroffen worden, und zwar zu Gunsten eines von unseren Vorgängern, der liberalen Fraktion, eingebrachten Antrages zum Schulgesetz. Der Landes- und Parteivorsitzende der LDP – später FDP – Carl Hubert Schwenicke hatte diesen Antrag eingebracht:

Zu „Inhalt und Geist der Schule“ und „den Zielen der Schulerziehung“ forderte die liberale Fraktion, der damals schon unsere spätere Ehrengewählte Frau Dr. Ella Barowsky angehörte: „Dabei soll alles deutsche Kulturgut unter Berücksichtigung der Antike, des Christentums und der für die Entwicklung zum Humanismus, zur Freiheit und zur Demokratie wesentlichen gesellschaftlichen Bewegungen seinen Platz finden.“

SPD und SED unterstützten den Antrag der Liberalen. Die CDU-Stadtverordneten widersprachen vehement und zwar ausschließlich, weil die Liberalen damit „die weltbewegende Kraft des Christentums in die gleiche Ebene mit einer Reihe anderer Kräfte stellen.“ Das Christentum sei für die CDU aber „die primär gestaltende Kraft“. Auf 55 Seiten kann man im Protokoll dieser Stadtverordnetensitzung alles Weitere nachlesen.

Heute geht es wieder darum, ob im Ethikunterricht allen Schülern vermittelt werden soll, „die wesentlichen gesellschaftlichen Bewegungen“ gleich zu behandeln oder ob stattdessen Ethik zu Gunsten der Religion abgewählt werden soll.

Der liberale Bildungspolitiker Georg Wolff sagte dazu 1947 in der Debatte: „Wer die Kinder zusammen bringt, verlangt von ihnen eine gewisse Einordnung, eine gewisse Toleranz; wer aber die Kinder auseinander setzt, führt sie zur Intoleranz, er kann es wollen oder nicht wollen.“ Deswegen meine Bitte:

Überprüfen Sie Ihre bisherige Position anhand der Argumente unserer liberalen Vorgänger.

Stimmen Sie bei der Volksabstimmung mit NEIN.

Mit freundlichen Grüßen

Lüder